

landesjugendring

baden-württemberg e.v.

*entdecke
was geht*

Positionspapier



Zukünftig nachhaltig

Positionen zur nachhaltigen Entwicklung

Inhalt

Vorwort	_03
Einleitung	_04
Handlungsfelder	_06
1. Natur und Umwelt	_07
2. Klima, Energie und Ressourcen	_08
3. Eine Welt	_09
4. Arbeit und Soziales	_10
5. Demokratie und Teilhabe	_11
6. Konsum, Transparenz und Information	_12
7. Nachhaltige Mobilität	_13
8. Bildung/Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)	_14
9. Globale Handlungsansätze	_15

Impressum

Herausgeber:

Landesjugendring Baden-Württemberg e.V.
Siemensstraße 11, 70469 Stuttgart
Telefon 0711 16447-0, Fax 0711 16447-77
info@ljr bw.de, www.ljr bw.de

AG-Mitglieder: Reiner Baur, Mirco Bormuth,
Michael Brugger, Ronja Hohbach, Jasmine Horter,
Martin Lenzinger, Stefan Moch, Gerlinde Röhm

Redaktion: Irene L. Bär, Reiner Baur, Gerlinde Röhm

Fotos: Sebastian Staendecke/www.pixelio.de (S. 1),
Rita Thielen/www.pixelio.de (12)

V.i.S.d.P.: Reiner Baur

Layout: Gabriele Schmidt, Freiburg

Druck: Druckerei Typo Factory, Stuttgart

Auflage: 2.000

Stuttgart, Dezember 2011
Beschluss der LJR-Vollversammlung am 19.11.2011

Gefördert durch den Kommunalverband
Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS)

Gedruckt auf Papier mit dem Blauen Engel

Vorwort

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Arbeit der Jugendverbände und Jugendringe orientiert sich an Interessen und Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen. Die Folgen des Klimawandels werden, nach allem was wir wissen, bereits die heutigen Kinder und Jugendlichen im Lauf ihres Lebens massiv betreffen. Deswegen ist es nicht verwunderlich, dass viele Kinder und Jugendliche angesichts der aktuellen globalen ökologischen und sozialen Herausforderungen unserer Zeit berechtigte Sorge um die Zukunft der Welt haben – und damit auch um ihre eigene. Immer mehr Menschen teilen diese Sorge mittlerweile. Die Notwendigkeit eines grundlegenden gesellschaftlichen Wandels im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung spricht sich herum.

In Reihen des Landesjugendrings und seiner Mitgliedsverbände ist ein hohes Problembewusstsein in den verschiedenen Bereichen einer nachhaltigen Entwicklung vorhanden. In der Bildungsarbeit, in Projekten sowie im Alltagshandeln der Jugendverbände gibt es gute Ideen und Ansätze, um eine nachhaltige Entwicklung voranzubringen. Der Landesjugendring hat in den vergangenen Jahren immer wieder Beschlüsse gefasst, die spezifische Anliegen zu nachhaltiger Entwicklung thematisierten. Was bisher fehlte war ein Positionspapier als gedankliche Basis, um weitere Aktivitäten anzuregen und gleichzeitig klare Forderungen der jungen Generation zu formulieren.

Diese Lücke schließen wir mit dem hier vorliegenden Papier „Zukünftig nachhaltig“ und hoffen, dass viele Verbände und Ringe das Thema in ihrer jugendpolitischen Arbeit sowie in Bildungsangeboten, Projekten und Aktionen noch stärker aufgreifen und in die gesellschaftliche Debatte einbringen werden.

Für die engagierte Mitarbeit bei der Erstellung des Positionspapiers herzlichen Dank an die Mitglieder der AG sowie an die Delegierten der Vollversammlungen 2011.

Reiner Baur

*Stellvertretender Vorsitzender
Landesjugendring*



Einleitung

„Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.“¹

Seit diese Definition 1987 im sogenannten „Brundtland-Bericht“ der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung veröffentlicht wurde, hat sich das Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung weltweit verbreitet. Die Frage nach dem richtigen Verhältnis von Ökologie, Ökonomie und Sozialem ist dabei eine Kernfrage. Ökologie und Soziales müssen als Leitplanken der wirtschaftlichen Entwicklung gesehen werden, die nicht durch kurzfristige monetäre Interessen verschoben werden dürfen, d. h. Menschenrechte und die Regenerationsfähigkeit natürlicher Prozesse müssen als absolute Grenzen definiert werden, die nicht durch wirtschaftliche Interessen verschoben werden dürfen. Etwas zu erwirtschaften ist lebensnotwendig.

Langfristig können wir aber nur überleben, wenn unsere Art des Wirtschaftens weder die Gesellschaft noch die Natur zerstört. Wir müssen den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Oder anders gesagt: Wir brauchen eine Wirtschaft, deren oberstes Ziel das Gemeinwohl ist und nicht Gewinnmaximierung.

In den vergangenen Jahren hat sich die Behauptung durchgesetzt, die drei Bereiche Ökonomie, Ökologie und Soziales seien gleichberechtigte Pole, zwischen denen ein fairer Interessenausgleich geschieht.

Menschenrechte

wirtschaftliche Entwicklung

Regenerationsfähigkeit natürlicher Prozesse

Das sehen wir nicht so. Denn im Zweifelsfall fallen derzeit Entscheidungen meist an kurzfristigen-wirtschaftlichen Interessen orientiert, während ökologische Argumente oder Einwände aus Sicht globaler Gerechtigkeit auf der Strecke bleiben. Langfristig hat diese Sichtweise mit dazu beigetragen, die globalen Problemlagen zu verschärfen, obwohl gleichzeitig viel mehr über „Nachhaltigkeit“ gesprochen wird.

Inzwischen haben nicht nur Regierungen auf allen Ebenen Nachhaltigkeitsstrategien und -beiräte eingerichtet, auch viele Unternehmen veröffentlichen Nachhaltigkeits-Berichte. Dies ist zu begrüßen, kann aber

nicht darüber hinwegtäuschen, dass die weltweiten Probleme des Hungers, der Armut, des Klimawandels, des Artensterbens u.a.m. nicht gelöst wurden, sondern gewachsen sind. Weltweit werden Menschenrechte und ökologische Standards noch immer kurzfristigen Gewinninteressen untergeordnet.

Nachhaltige Entwicklung beginnt beim Einzelnen. Kinder und Jugendliche müssen lernen, wie sie selbst mitverantwortlich sind und wie sie durch die Gestaltung ihres Lebens die weitere Entwicklung mit beeinflussen.

In der Kinder- und Jugendarbeit werden unter anderem eigene Haltungen und Wertvorstellungen entwickelt. Die Kinder- und Jugendarbeit ist somit auch herausgefordert sich am Ziel der nachhaltigen Entwicklung zu orientieren. Dies ist bei der eigenen Praxis, dem Betrieb von Einrichtungen ebenso wie bei der Gestaltung von Maßnahmen notwendig. Unter Jugendlichen sind Zukunftsfragen wie Globalisierung, die Ausbeutung von Ressourcen dieser Erde, katastrophale Ausmaße an sozialer Ungerechtigkeit und Ungleichheit sowie vieles mehr längst Thema. Für sie ist dabei Glaubwürdigkeit wichtig. PolitikerInnen, deren Reden um Nachhaltigkeit sich nicht in ihren Entscheidungen niederschlagen, sind unglaubwürdig. Genauso steht es um Unternehmen die Schlagworte wie Umweltschutz, Nachhaltigkeit und soziale Verantwortung als Marketinginstrumente benutzen, ohne eine entsprechende Unternehmenspolitik tatsächlich zu verfolgen.

Jugendliche möchten nicht weiter mit widersprüchlichen Reden hingehalten werden, sondern fordern eine ernsthafte und wirkungsvolle Auseinandersetzung. Viele Verbände haben sich bereits auf den Weg gemacht und werden, oder sind bereits aktiv, um ihren Beitrag zu leisten, unsere Erde zukunftsfähig zu machen. Diesen Anspruch, dem sie selbst versuchen gerecht zu werden, haben sie auch an die Politik.

¹ „Sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs.“ In: World Commission on Environment and Development (WCED): Our Common Future [Brundtland-Report]. United Nations 4.8.1987, UN-Dokument A/42/427 Anhang. Typoskript S. 54. www.bne-portal.de/coremedia/generator/unesco/de/Downloads/Hintergrundmaterial_international/Brundtlandbericht.pdf (28.10.2010)

Handlungsfelder

Kinder, Jugendliche und kommende Generationen tragen in der Zukunft die Folgen der heutigen Politik. Für den Landesjugendring und seine Mitgliedsverbände sind einige Herausforderungen offensichtlich, denen sich die Gesellschaft stellen muss, wenn sie das Ziel der Nachhaltigen Entwicklung ernst nimmt. Dies kann nur gelingen, wenn Politik und Verwaltung von den Kommunen über das Land und den Bund bis zur Europäischen Union und den Vereinten Nationen entschiedene Schritte unternehmen und damit aufhören, die Verantwortlichkeit für bisher unterlassenes Handeln hin und her zu schieben. Ebenso ist klar, dass alle AkteureInnen der Zivilgesellschaft inklusive der Jugendarbeit selbst ihren Beitrag leisten müssen.

In diesem Papier formulieren wir die Sicht der Jugendverbände und ihrer Mitglieder in Baden-Württemberg auf das Thema der Nachhaltigkeit. Wir wollen uns zukünftig in Alltag und Bildungsangeboten der Jugendarbeit wie auch in der politischen Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen diesen Herausforderungen stärker stellen. Wir sind bereits auf dem Weg und fordern von der Politik mitzuziehen und endlich ernst zu machen mit globaler Gerechtigkeit sowie verantwortlichem Handeln gegenüber künftigen Generationen. Dabei sehen wir dringenden Handlungsbedarf in unterschiedlichen Feldern:

1. Natur und Umwelt

Die Natur ist die Basis unserer Existenz, sie entwickelt und verändert sich fortwährend. Die komplexen Zusammenhänge der Ökosysteme der Erde haben wir Menschen nur ansatzweise verstanden. Dennoch zerstören wir in großem Maßstab die Natur: Durch Intensivlandwirtschaft und Flächenverbrauch, durch Siedlung, Industrieansiedlung und Straßenbau, durch den Abbau von Rohstoffen wie Öl, Kohle und Uran, durch Müll- und Abfallproduktion und vieles mehr. Menschliche Eingriffe sind enorm und schränken die Regenerationsfähigkeit der Natur mehr und mehr ein. In unserer Region sind die Auswirkungen noch nicht in so Existenz bedrohendem Maße erkennbar, wie in anderen Teilen dieser Welt, wo Menschen massiv unter den Folgen der Eingriffe leiden. Schon heute hat dies verheerende Auswirkungen auf Flora und Fauna. Viele Arten sind bereits ausgestorben oder direkt davon bedroht. Aber auch viele Menschen leiden bereits unter den Folgen von Eingriffen in die Landschaft, wie z. B. durch Hochwasser. Wir fordern deswegen:

- Regenerationszonen der Natur im Sinne von Naturschutzgebieten, Biotopen und deren Verbund, sowie sich selbst überlassene Gegenden.
- Eine naturnah bewirtschaftete Landschaft, mit Wiesen, Feldern, Wald und Gewässern, in der nicht nur wichtige Produkte nachhaltig erwirtschaftet werden, sondern die auch einen hohen Erholungs- und Erlebnisfaktor hat.
- Für Kinder und Jugendliche Baden-Württembergs zugängliche Naturräume, die zum Spielen und Entdecken geeignet sind. Dies ist auch in den Städten notwendig.
- Eine gesetzlich gesicherte höhere Qualität der Ausgleichsmaßnahmen im Naturschutz bei Baumaßnahmen.
- Gentechnisch verändertes Saatgut muss weltweit verboten werden. Insbesondere die Ausbringung gentechnisch veränderter Organismen ins Freiland. Baden-Württemberg sollte dabei eine Vorreiterrolle einnehmen.

2. Klima, Energie und Ressourcen

Der Klimawandel hat bereits eingesetzt. Während er bei uns bislang nur die Lebensqualität bedroht, sind andernorts schon tausende Menschen durch extremer werdende Wetterereignisse ums Leben gekommen. Der Klimawandel ist ein globales Problem, das global gelöst werden muss, jedoch mit lokalem Handeln zusammenhängt. Wir brauchen eine Klima- und Ressourcenpolitik, die ein hohes Maß an Gerechtigkeit für alle aktuellen und künftigen Generationen gewährleistet. Eine gerechte Energie-, Klima- und Ressourcenpolitik umfasst:

- Die mittlere globale Erwärmung muss auf maximal 2°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau begrenzt werden. Die dazu notwendige Verringerung des Treibhausgas-Ausstoßes muss erfolgen, ohne benachteiligten Ländern Entwicklungsmöglichkeiten zu nehmen.
- Umbau der Energieversorgung auf 100 Prozent ökologisch und sozial verträglich produzierte erneuerbare Energie, die dezentral in demokratisch kontrollierten Strukturen bereitgestellt wird.
- Kein Neubau von Kohlekraftwerken. Der vollständige Ausstieg aus der Atomkraft ist so schnell wie möglich, spätestens aber wie von der Bundesregierung 2011 beschlossen, umzusetzen. Atomkraft behindert die Energiewende. Die Landesregierung soll als Mit-eigentümerin der EnBW auf deren sofortigen Atomausstieg hinwirken!
- Der Einsatz regenerativer Energieträger in Bereichen der öffentlichen Hand muss stetig vorangetrieben werden, v. a. in Schulen, Jugendhäusern usw. Die Landesbehörden haben ihrer Vorbildfunktion nachzukommen und ggf. den Energieversorger zu wechseln.
- Selbstbegrenzung ist notwendig, da Effizienzgewinne durch technischen Fortschritt oft durch häufigeren Einsatz unterm Strich keinen Effekt haben. Eine nachhaltige Bewirtschaftung darf Ressourcen nur dann einsetzen, wenn dies nicht vermeidbar ist.
- Bei Anpassungen an die bereits unvermeidlichen Folgen des Klimawandels müssen die ärmeren und stärker dem Klimawandel ausgesetzten Länder unterstützt werden. Die Industrieländer müssen Klimaflüchtlingen den Flüchtlingsstatus zugestehen.

3. Eine Welt

Die Globalisierung hat globale Ungerechtigkeiten verschärft. Die allein an Gewinnmaximierung orientierte globale Wirtschaftsweise und Handelspolitik sind mit verheerenden Folgen für Milliarden Menschen verbunden. Nachhaltige Entwicklung als Grundlage für eine friedliche Weltordnung dagegen muss die Perspektive, dass wir alle in einer Welt leben, ernst nehmen.

Gerechtigkeit, Solidarität und Kooperation müssen angesichts der globalen Herausforderungen die nationale und internationale Politik bestimmen. Die Politik muss das Wohl der Weltgemeinschaft im Blick haben. Innerstaatlich sollen subsidiäre und partizipative Strukturen gefördert und bei politischen Entscheidungen generell involviert werden. Neben gerechter internationaler Politik sind Momente zivilgesellschaftlichen Engagements wie Fairer Handel, internationale Freiwilligendienste und Bildungs- und Aufklärungsarbeit unverzichtbare Bausteine bei der Verwirklichung einer gerechten Weltgemeinschaft. Um globale Gerechtigkeit umsetzen zu können, fordern wir:

- Die internationalen Märkte müssen reguliert werden. Finanztransaktionen müssen besteuert werden.
- Auf Spekulationsgeschäfte mit Grundnahrungsmitteln muss eine Transaktionsabgabe erhoben werden, damit die Spekulation in diesem Bereich für berufsfremde Gruppen unrentabel wird.
- Die Landesregierung muss auf hier ansässige, global agierende Unternehmen einwirken, dass diese sich für faire, globale Arbeitsbedingungen sowie die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards einsetzen bzw. Vorreiterrollen einnehmen.
- Bei der Beschaffung öffentlicher Güter soll nach ökologisch und sozial verträglichen Kriterien vorgegangen werden, gerade da Land und Kommunen als Großkonsumenten hier einen gewissen Einfluss haben.²
- Globales Lernen muss in Schulen wie in der außerschulischen Bildungsarbeit stärker verankert und gefördert werden.

² Vgl. Ökofaire Beschaffung – Ein Leitfaden (Zukunft einkaufen), unter: www.zukunft-einkaufen.de/fileadmin/zuk_ein/redaktion/downloads/ZE_Leitfaden_ebook.pdf
Nachhaltigkeit konkret im Verwaltungshandeln umsetzen – Maßnahmenprogramm Nachhaltigkeit (Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung, Beschluss vom 6. Dezember 2010) unter: http://www.bundesregierung.de/nsc_true/Webs/Breg/nachhaltigkeit/Content/_Anlagen/2010-12-6-massnahmenprogramm-nachhaltigkeit-der-bundesregierung,property=publicationFile.pdf/2010-12-6-massnahmenprogramm-nachhaltigkeit-der-bundesregierung

4. Arbeit und Soziales

Grundlegend für die Entwicklung einer Gesellschaft ist, dass sie in allen lebensrelevanten Bereichen eine gute Versorgung und Absicherung organisiert und dies auch zukünftig gewährleisten kann. Durch diese Sicherheit wird es einer Gesellschaft möglich, an ihrem Fortschritt zu arbeiten. Aktuell erleben wir allerdings die gegenteilige Entwicklung: Ein echtes Solidarsystem rückt in immer weitere Ferne. Allgemeine Lebensrisiken werden zunehmend privatisiert. Für Nichtvermögende ist der Zugang zum gesell-

schaftlichen Wohlstand momentan nur über Erwerbsarbeit möglich – unbefristete und fair bezahlte Arbeitsplätze gibt es allerdings immer weniger. Deswegen steigt die Zahl derer, die von echter Teilhabe ausgeschlossen sind. Diese Menschen auf individuell erforderliche Bildungsanstrengungen zu verweisen, kann dieses Problem nicht grundsätzlich lösen. Eine nachhaltige Gesellschaft kann nur gelingen, wenn alle daran teilhaben (siehe LJR-Positionspapier „Bauplan Zukunft“ 2006). Deshalb fordern wir:

- Arbeit muss weltweit gerecht verteilt und bezahlt werden. Wir sind gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Vor allem Arbeit in gesellschaftlich relevanten Feldern wie in den sozialen und grünen Berufen muss besser bezahlt werden.
- Arbeitsplätze müssen langfristig gesichert werden. Einen wichtigen Beitrag hierzu kann die Orientierung des gesamten Wirtschaftslebens auf ökologisch sinnvolle und gesellschaftlich notwendige Produkte und Dienstleistungen leisten.
- Praktika sind nur im Rahmen von Ausbildungen und zur Berufsorientierung sinnvoll. Praktika bieten für junge Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung oder Studium keine Perspektive. Nicht un(ter)bezahlte Praktika sondern sichere Arbeitsplätze bieten die notwendige Perspektive, um die Zukunft anpacken zu können (siehe Praktikarichtlinien LJR VV 04.2009) Der Bundesfreiwilligendienst und die anderen Jugendfreiwilligendienste müssen arbeitsmarktneutral ausgestaltet werden.
- Die sozialen Sicherungssysteme müssen solidarisch organisiert werden: Alle, die nicht auf Transfereinkommen angewiesen sind, müssen in die Systeme einbezahlen. Leistungen müssen sich an Bedürfnissen orientieren.
- Erziehungs-, Betreuungs- und Pflegezeiten sowie Ausbildungs- und Fortbildungszeiten ebenso wie Zeiten ehrenamtlichen Engagements müssen angemessen in die Alterssicherungsansprüche einbezogen werden.
- Angesichts der zu erwartenden regional sehr unterschiedlichen Folgen des demographischen Wandels müssen Anstrengungen unternommen werden, um in Baden-Württemberg Bildungs- und Ausbildungsangebote, eine Ausbildungsgarantie, attraktive Arbeitsplätze sowie eine soziale und medizinische Infrastruktur auch im ländlichen Raum aufrechterhalten und bedarfsorientiert ausbauen zu können.

5. Demokratie und Teilhabe

Um eine Gesellschaft nachhaltig zu gestalten, ist die Integration aller Menschen in diese Gesellschaft von enormer Bedeutung (LJR-Positionspapier „Vielfalt gerecht gestalten“ 2010). Teilhabe an der Gesellschaft soll allen Menschen ermöglicht werden, damit diese die verfügbare Infrastruktur nutzen und sich in der Gesellschaft akzeptiert fühlen. Die Demokratie in Deutschland weist Defizite auf, die im Positionspapier des Deutschen Bundesjugendrings „Impulse für eine starke Demokratie“ (2011) aufgegriffen werden.

Junge Menschen haben derzeit kaum Möglichkeiten, Politik zu beeinflussen und zu gestalten. Die Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung hat bereits 1992 aufgezeigt, dass geeignete Orte und Formen (weiter-)entwickelt werden müssen, um junge Menschen besser und umfassend zu beteiligen. „Es ist unbedingt erforderlich, dass Jugendliche aus allen Teilen der Welt auf allen in Betracht kommenden Ebenen aktiv an der Entscheidungsfindung beteiligt werden, weil diese ihr Leben heute beeinflusst und Auswirkungen für die Zukunft besitzt. [...] Jedes Land sollte in Absprache mit seiner Jugend und deren Organisationen einen Prozess in Gang bringen, der den Dialog zwischen der Jugend und der Regierung auf allen Ebenen fördert, und Mechanismen einsetzen, die der Jugend den Zugriff auf Informationen ermöglichen und ihr Gelegenheit geben, ihren Standpunkt zu Regierungsentscheidungen [...] darzulegen.“³

Entsprechend diesem Anspruch der Staatengemeinschaft fordern wir:

- Es müssen Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche auf lokaler, föderaler, nationaler wie internationaler Ebene geschaffen bzw. ausgebaut werden.
- Aktive Beteiligung setzt voraus, dass Kinder und Jugendliche tatsächlich an allen sie betreffenden Fragen adäquat beteiligt werden. Dies gilt es politisch zu verankern und geeignete Methoden dafür zu entwickeln. Dabei geht es um die Teilnahme an Wahlen (Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre) ebenso wie um andere Formen der Partizipation (LJR-Positionspapier „Bauplan Zukunft“ 2006).
- Politische Bildung muss entsprechend früher ansetzen und ausgebaut werden, damit Kinder und Jugendliche politisch handlungsfähig werden.
- Die politische Beteiligung aller Menschen, die in einem Land leben, muss sichergestellt werden, unabhängig von Migrations-, Bildungs-, religiösem und sozialem Hintergrund (LJR-Positionspapier „Vielfalt gerecht gestalten“ 2010).
- Informationen hierzu müssen leicht zugänglich und verständlich aufbereitet sein.

³ Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung: Agenda 21. Rio de Janeiro 1992, S. 281. www.un.org/Depts/german/conf/agenda21/agenda_21.pdf (28.2.2011)

6. Konsum, Transparenz und Information

Das Bewusstsein für globale und ökologische Folgen des Konsums steigt. Entsprechend steigt auch die Nachfrage nach fairen und ökologischen Produkten und Dienstleistungen. Marketing-Kampagnen setzen hier gezielt an, um Absätze zu steigern. Dabei ist davon auszugehen, dass nicht jedes als „nachhaltig“ beworbene Produkt dies auch tatsächlich ist. Dies zeigt die wachsende Bedeutung unabhängiger Information über Produkte und Dienstleistungen, über die beteiligten Unternehmen, über volkswirtschaftliche Folgekosten, über Subventionen usw.. Transparenz ist die Grundlage für sinnvolle Kaufentscheidungen ebenso wie für den notwendigen demokratischen Streit um die politischen Rahmenbedingungen.

- Alle Subventionen müssen offengelegt werden. Subventionen dürfen nur für öko-soziale Produkte und Dienstleistungen gewährt werden. Gleichzeitig müssen in Deutschland alle Produkte und Dienstleistungen, die nicht nachhaltig sind, durch Abgaben verteuert werden. Die Erlöse sind dem sozialen und ökologischen Sektor zuzuführen.
- Die Stärkung der Transparenz und die Bewusstseinsbildung bei den Konsumenten können effektive Instrumente sein, um nachhaltiges Wirtschaften und Konsumieren zu fördern.
- Die Beschaffungspraxis der öffentlichen Hand ist fair und ökologisch zu gestalten, sie darf sich nicht nur an Kriterien wie Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit orientieren. Das Land soll sich zudem für verbindliche soziale und ökologische Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge einsetzen. Zudem sollte sichergestellt werden, dass tarifrechtliche Standards eingehalten werden. Ausbildende Betriebe sind zu bevorzugen.
- Die Landesjugendplan-Förderung muss eine soziale und ökologische Beschaffung ermöglichen. Die Bestrebungen des Landesjugendrings zur Förderung von regionalen, saisonalen, biologischen und fair gehandelten Produkten für JugendleiterInnen und Jugendgruppen (vgl. Beschluss 1/2011) gilt es von der Landesregierung zu unterstützen.

7. Nachhaltige Mobilität

Mobilität ist heute soziales Bedürfnis und wirtschaftliche Notwendigkeit. Gerade Kinder und Jugendliche haben ein hohes Mobilitätsbedürfnis und sind auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen. Für sie ist Mobilität auch ein Schlüssel zu Bildung und Erfahrung – dies wird sich durch die Folgen des demographischen Wandels v.a. im ländlichen Raum in den kommenden Jahren noch verschärfen. Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) und die Bahn dürfen nicht nach zu erzielenden Gewinnen gesteuert werden. Hier müssen soziale und ökologische Aspekte Vorrang haben. Die Leistungsfähigkeit eines Verkehrssystems zeigt sich nicht durch Prestigeprojekte, sondern durch eine intelligente Vernetzung der einzelnen Verkehrsträger.

- Der ÖPNV muss für alle Generationen attraktiver werden, z.B. über Tarif- und Fahrplangestaltung. Insbesondere für den ländlichen Raum brauchen wir Konzepte für einen zuverlässigen und flächendeckenden ÖPNV.
- Die Landesregierung und Behörden sollen eine Vorbildfunktion wahrnehmen, indem sie ihre Fuhrparks möglichst weit abbauen und auf ÖPNV und Bahn umsteigen.
- Verkehrsinfrastrukturelle Entwicklungen müssen verkehrs- und finanzpolitisch nachhaltig angelegt sein. Insbesondere das Großprojekt Stuttgart 21 und die daraus zu erwartenden Folgen stehen diesen Anforderungen entgegen.
- Langfristig muss der Güterverkehr verringert und möglichst weitgehend von der Straße auf Schiene und Schifffahrt verlagert werden.
- Der Kraftstoffverbrauch von Kraftfahrzeugen muss gesenkt werden. Einerseits durch gesetzliche Grenzwerte, andererseits durch Tempolimits. Darüber hinaus muss die Landesregierung sich bei den ansässigen Automobilherstellern dafür einsetzen, dass ökologische Aspekte bei Produktion und Betrieb eine größere Rolle spielen.
- Das Fahrrad als umweltfreundlichstes Verkehrsmittel muss besser gefördert werden durch die Ausweisung von sicheren und gut ausgebauten Radwegen und -streifen und durch flexiblere Mitnahmemöglichkeiten im ÖPNV.
- Entwicklungen wie das Carsharing gilt es zu fördern und zu unterstützen.

8. Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE)

Im Rahmen der beschriebenen notwendigen umfassenden politischen Veränderungen spielt Bildung eine zentrale Rolle. Bei der Bildung muss es immer um die „optimale Entfaltung aller geistigen, seelischen und körperlichen Kräfte“ gehen (Positionspapiere des Landesjugendrings 2002 & 2007). Dazu gehören der Erwerb von Wissen, die Ausbildung von Fähig- und Fertigkeiten, der Weg zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit und die Entwicklung von Normen und Wertvorstellungen. In diesem breiten Bildungsverständnis geht es um die Entwicklung eines Weltverständnisses und der Herausforderung von Verantwortung des Einzelnen als Teil der Welt und ihrer Substrukturen. Dieser Anspruch gilt sowohl für die formale Bildung (KiTa, Schule, Hochschule, Ausbildung) als auch die außerschulische Jugendbildung.

Wissen veraltet schnell. Deswegen muss Wissen mit Gestaltungskompetenz kombiniert werden, statt Bildungsgänge zu sehr an aktuelle Forderungen der Wirtschaft anzupassen. Im Nationalen Aktionsplan für die UN-Dekade BNE heißt es: „Das bedeutet einerseits, Wissen zu erlangen über die Möglichkeit, nachhaltige Entwicklungen sozial, ökologisch, ökonomisch und technisch voranzubringen und nicht nachhaltige Entwicklungsprozesse zu erkennen. Andererseits heißt über Gestaltungskompetenz zu ver-

fügen, selbstständig und gemeinsam mit anderen nachhaltige Entwicklung substantiell voranbringen zu können“⁴.

BNE ist kein reines Bildungsprogramm. Es stellt zugleich den Anspruch an alle Bildungseinrichtungen „den Anforderungen von nachhaltiger Entwicklung gerecht [zu] werden – in Bezug auf ihre Stoffströme, die Qualifikation des Personals, die Teilhabe der Lehrenden wie Lernenden an Entscheidungsprozessen sowie ihre Lehr- und Lernkultur“⁵.

Oft wird die Verantwortung auf das Bildungssystem verlagert, der die Politik in anderen Bereichen nicht gerecht wird. Statt: „Du sollst es mal besser haben“ bedeutet das: „Du sollst es mal besser machen“. Bildung für nachhaltige Entwicklung ist immer zu sehen als Teil eines größer angelegten, die gesamte Gesellschaft verändernden politischen Programms. Zur besseren Einbeziehung der Perspektive der BNE in bestehende Bildungssysteme gilt:

⁴ Nationaler Aktionsplan für Deutschland. UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ 2005–2014. Hrsg. v. Deutsche UNESCO-Kommission e.V./Nationalkomitee UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Bonn 2008, S. 7.

⁵ Nationaler Aktionsplan, S. 8.

- Bildung für nachhaltige Entwicklung und die dazugehörigen Bereiche wie Umweltbildung, globales Lernen und politische Bildung müssen als durchgehendes Prinzip Teil der Bildungsplanung werden.
- BNE muss früher einsetzen als bisher, im Bereich der KiTa und Schule ebenso wie in der außerschulischen Jugendbildung. Deswegen muss auch die untere Altersbegrenzung für Bildungsmaßnahmen im Landesjugendplan gestrichen werden.
- Bildung muss die Dimension Glück beinhalten, also einen deutlichen Fokus darauf legen, dass junge Menschen lernen, ein erfülltes und zufriedenes Leben zu gestalten, in dem Wohlstand jenseits von wirtschaftlichen Kennziffern gedacht wird.
- Erfolgreiche Bildungsprojekte aus dem Bereich der BNE müssen in eine Regelförderung überführt werden, damit möglichst viele Kinder und Jugendliche davon profitieren können.
- Jugendfreiwilligendienste im In- und Ausland wie „Freiwilliges Ökologisches Jahr“ und „Freiwilliges Soziales Jahr“ müssen weiter ausgebaut werden und dürfen auf keinen Fall dem Ausbau des Bundesfreiwilligendienstes zum Opfer fallen.
- Der Zugang zu Informationsmedien muss gesichert sein.

9. Globale Handlungsansätze

Der „Weltgipfel“ – die UN-Konferenz für Nachhaltige Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro – hat Nachhaltige Entwicklung auf die internationale Agenda gehoben. Seine Beschlüsse zu Umwelt- und Entwicklungsthemen sind bis heute wegweisend, etwa die Klimarahmenkonvention oder die

Agenda 21. Im Juni 2012 werden die Staats- und Regierungschefs der Welt wieder zu einem Weltgipfel in Rio zusammentreffen. Im Lichte der gescheiterten Klimaverhandlungen von Kopenhagen 2009 und Cancun 2010 sind Erfolge in der internationalen Nachhaltigkeitspolitik mehr als notwendig.

- Der LJR fordert die Bundesregierung auf, sich bei Rio+20 für verbindliche Beschlüsse mit messbaren Kriterien einzusetzen. Außerdem muss die längst überfällige Reform der internationalen Institutionen im Bereich Nachhaltige Entwicklung endlich angepackt werden. Die Landesregierung soll ihren bundespolitischen Einfluss geltend machen.
- Baden-Württemberg hat die einmalige Chance, im Bereich von nachhaltigem Wirtschaften eine Führungsrolle zu übernehmen. Kinder und Jugendliche können dabei eine treibende Kraft sein – wir rufen die Landesregierung dazu auf, den Jugendverbänden sinnvolle Beteiligungsmöglichkeiten im Bereich Nachhaltige Entwicklung zu schaffen.

Beschluss der Vollversammlung des Landesjugendrings Baden-Württemberg am 19.11.2011

landesjugendring

baden-württemberg e.v.

*entdecke
was geht*



**Landesjugendring
Baden-Württemberg e.V.**

Siemensstraße 11
70469 Stuttgart

Tel. 0711 16447-0

Fax 0711 16447-77

E-Mail: info@ljbw.de

Internet: www.ljbw.de